

WÖCHENTLICHE NACHRICHTENZUSAMMENFASSUNG

KW 35

28.08.2017

QUELLE:



ZUSAMMENFASSUNG

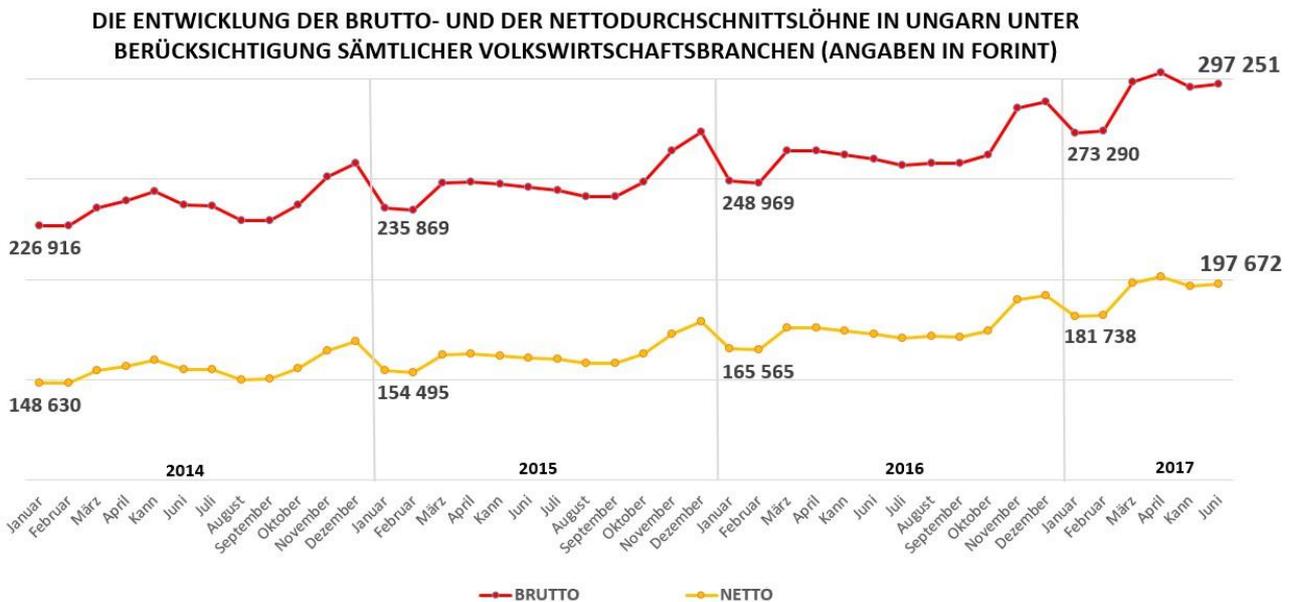
- **ÜBERRASCHENDE LOHNDYNAMIK.** Die Löhne und Gehälter sind im Juni noch dynamischer als von den Analysten erwartet gestiegen. Die ungarischen Bruttodurchschnittslöhne belaufen sich heute, über alle Branchen der Volkswirtschaft hinweg – und ohne Personen in den öffentlichen Arbeitsprogrammen – auf 304.400 Forint und liegen damit um rund 36.000 Forint höher, als vor einem Jahr. In Ungarn ist die Zeit der billigen Arbeitskräfte vorbei, weshalb der Vorschlag einer europäischen Lohnunion von Seiten der Jobbik nicht zeitgerecht ist, zumal dieser mit beträchtlichen Steuererhöhungen einhergehen würde.
- **UNGARN AN DER SCHWELLE ZU EINER WEITEREN AUFWERTUNG.** Standard & Poor's hat den Ausblick für die ungarischen Schulden von neutral auf positiv verbessert, womit das Vorzimmer für die nächste Aufwertung erreicht ist. Die Ratingagentur rechtfertigte den Schritt in erster Linie mit der verbesserten Lage im Bankensektor.
- **WESTEUROPA IST EIN ZUNEHMEND GEFÄHRLICHERER ORT.** Seit dem Beginn der massenhaften illegalen Einwanderung hat sich die Anzahl der Terroranschläge in Westeuropa vervielfacht. Es ist bezeichnend, dass seit 2014 sämtliche Attentate mit tödlichem Ausgang durch Migranten oder Personen mit Migrationshintergrund begangen wurden. Dessen ungeachtet sind zahlreiche westliche Politiker bis heute nicht bereit, diesen Zusammenhang anzuerkennen. Ganz im Gegenteil zeigt der Fall des Botschafters der Niederlande in Ungarn, dass diese Kreise bestrebt sind, jene EU-Mitgliedstaaten abzustempeln, die Nein zur illegalen Einwanderung sagen.
- **DIE SYMPATHIEWERTE FÜR DIE PARTEIEN BLIEBEN IM SOMMER UNVERÄNDERT.** Im Wettstreit der Parteien gab es im Sommer keine Veränderungen, Fidesz-KDNP konnten ihren überlegenen Vorsprung auch im August halten, während die Unterstützung für die Oppositionsparteien stagnierte, geht aus einer Meinungsumfrage des Nézőpont-Instituts für die Tageszeitung „Magyar Idők“ hervor. Der politische Saisonauftakt im Herbst könnte gefährlich für die Jobbik werden, nachdem Aussagen ihres Vorsitzenden Gábor Vona zu den Rentnern neben diesen auch die Sympathisanten der Partei spalten.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Überraschende Lohndynamik

Die Löhne und Gehälter sind im Juni noch dynamischer als von den Analysten erwartet gestiegen. Die ungarischen Bruttodurchschnittslöhne belaufen sich heute, über alle Branchen der Volkswirtschaft hinweg – und ohne Personen in den öffentlichen Arbeitsprogrammen – auf 304.400 Forint und liegen damit um rund 36.000 Forint höher, als vor einem Jahr. In Ungarn ist die Zeit der billigen Arbeitskräfte vorbei, weshalb der Vorschlag einer europäischen Lohnunion von Seiten der Jobbik nicht zeitgerecht ist, zumal dieser mit beträchtlichen Steuererhöhungen einhergehen würde.

Im Juni lagen die Bruttodurchschnittslöhne um 14,4 Prozent höher als vor einem Jahr; die Wachstumsdynamik erhöhte sich erneut, nachdem im vorangegangenen Monat ein Plus von 12,9 Prozent gemessen wurde. An diesem Wachstum hatte der Sprung bei der Summe der einmaligen Zuwendungen und Prämien um 28,7 Prozent großen Anteil, während die regelmäßigen Einkommen um 13,5 Prozent zulegten. Bei den Unternehmen erreichten die Bruttodurchschnittslöhne nach einem Zuwachs um 13,5 Prozent einen monatlichen Betrag von 311.300 Forint, im Haushaltssektor sind es mit einem Plus von 16,1 Prozent nunmehr 270.350 Forint.



Auf das Wachstum nahmen die Anhebung des Mindestlohns um 15 Prozent und des garantierten Lohnminimums für Fachkräfte um 25 Prozent zu Jahresbeginn bzw. die Anpassung der Löhne und Gehälter auf einzelnen Gebieten des Haushaltssektors sowie für Mitarbeiter staatlicher Versorgungsunternehmen Einfluss.

Die Experten gehen davon aus, dass die Löhne in diesem Jahr mit einem Tempo von rund 13 Prozent wachsen dürften, welche Tendenz noch 2018 anhalten wird. Daraus ergibt sich bei einer mit 2,3 Prozent angesetzten mittleren Jahresinflation ein Zuwachs der Reallöhne um über 10 Prozent, während die Reallöhne von 2013 bis Ende 2017 um insgesamt 31 Prozent bzw. ohne Personen in den öffentlichen Arbeitsprogrammen gerechnet um 35 Prozent zulegen dürften.

Bei Betrachtung dieser dynamischen Lohnzuwächse erscheint die Initiative einer europäischen Lohnunion von Seiten der Jobbik als wenig zeitgemäß, die ein Hinweis darauf sein könnte, dass diese Partei keinen durchdachten Plan besitzt, wie sich die Differenzen zwischen dem ungarischen und dem westlichen Lohnniveau verringern bzw. eventuell sogar beseitigen lassen. Im Gegensatz dazu sind Lohnerhöhungen ein zentrales Element der Wirtschaftspolitik dieser Regierung, so dass infolgedessen in der Tat systematisch der Rückstand der ungarischen zu den westeuropäischen Löhnen verringert wird.

Ungarn an der Schwelle zu einer weiteren Aufwertung

Standard & Poor's hat den Ausblick für die ungarischen Schulden von neutral auf positiv verbessert, womit das Vorzimmer für die nächste Aufwertung erreicht ist. Die Ratingagentur rechtfertigte den Schritt in erster Linie mit der verbesserten Lage im Bankensektor.

Mit dem positiven Ausblick reagierte die Ratingagentur hauptsächlich auf jene Entwicklung, wonach die notleidenden Kredite innerhalb des ungarischen Bankensystems ständig an Gewicht verlieren, während das Geschäft der Kreditausreichungen eine nachhaltige Wachstumsbahn eingeschlagen hat. Die Ratingagentur erwartet das Haushaltsdefizit im Zeitraum 2017-2020 im Durchschnitt bei 2,3 Prozent am BIP, ungeachtet der Tatsache, dass im kommenden Jahr Parlamentswahlen stattfinden. Im Einklang damit wird laut S&P die Schuldenrate am BIP bis 2019 auf 70 Prozent sinken können und 2020 noch 68,5 Prozent erreichen.

Die beiden anderen führenden Ratingagenturen dürften in Kürze dem Schritt von Standard & Poor's folgend ihren Bonitätswertungen ebenfalls einen positiven Ausblick verleihen. Diese Entwicklung aber zeigt an, dass die ungarische Wirtschaftspolitik gute Antworten auf die Herausforderungen gegeben hat, was der Finanzstabilität und dem Wirtschaftswachstum Ungarns behilflich ist.

AUßENPOLITIK, AUßENWIRTSCHAFT

Westeuropa ist ein zunehmend gefährlicherer Ort

Seit dem Beginn der massenhaften illegalen Einwanderung hat sich die Anzahl der Terroranschläge in Westeuropa vervielfacht. Es ist bezeichnend, dass seit 2014 sämtliche Attentate mit tödlichem Ausgang durch Migranten oder Personen mit Migrationshintergrund begangen wurden. Dessen ungeachtet sind zahlreiche westliche Politiker bis heute nicht bereit, diesen Zusammenhang anzuerkennen. Ganz im Gegenteil zeigt der Fall des Botschafters der Niederlande in Ungarn, dass diese Kreise bestrebt sind, jene EU-Mitgliedstaaten abzustempeln, die Nein zur illegalen Einwanderung sagen.

Im Jahre 2015 überstieg die Zahl der Todesopfer infolge islamistischer Terroranschläge 150. Auch in den beiden darauffolgenden Jahren hellte sich diese Tendenz nicht auf, wobei in diesem Jahr – einschließlich des Doppelattentats von Barcelona – bereits wieder rund 50 Todesopfer zu beklagen sind.

Die Situation erweist sich in Belgien, das als Zentrum der Europäischen Union gilt, besonders kritisch. Die belgische Staatsanwaltschaft eröffnet monatlich im Durchschnitt 23 neue Dossiers in Verbindung mit Terrorverdacht; die Behörden haben allein in diesem Jahr 189 Untersuchungen in Verbindung mit dem Terrorismus eingeleitet. Wie die belgische Staatsanwaltschaft begründet, habe die Zahl der neuen Ermittlungsverfahren in Verbindung mit Terrorverdacht deshalb im Jahre 2015 so beträchtlich zugenommen, weil damals besonders viele Belgier nach Syrien zogen, um sich der Terrororganisation Islamischer Staat anzuschließen.

Aber nicht nur in Belgien, sondern in all jenen Ländern ist die Terrorgefahr hoch, die in den vergangenen Jahren als Zielländer der illegalen Einwanderung galten. Dazu gehört auch Spanien, das nach den Terroranschlägen von Barcelona ein weiteres Mal durch die Islamisten bedroht wurde, sie würden einen neuerlichen Terroranschlag auf seinem Gebiet planen. Im Gegensatz dazu gilt Ungarn – das eine Nulltoleranz gegenüber der illegalen Einwanderung deklarierte – als einer der sichersten

Orte in Europa; gestützt auf Informationen des britischen Außenministeriums reihte die Zeitung „Daily Star“ unser Land unter die zehn für Touristen empfohlenen „friedlichen und wunderbaren“ Reiseziele ein.

Wo eben keine Terroranschläge Leben vernichten, verursachen die illegalen Einwanderer schwerwiegende gesellschaftliche Spannungen. In Italien ist die Situation so aufgeladen, dass es

jederzeit krachen könnte: Vergangene Woche verwandelte sich der Platz vor dem Bahnhof Termini im Herzen Roms in ein Schlachtfeld, wo die italienische Polizei gegen die zunehmend aggressiver auftretenden Migranten sogar Wasserwerfer einsetzen musste.

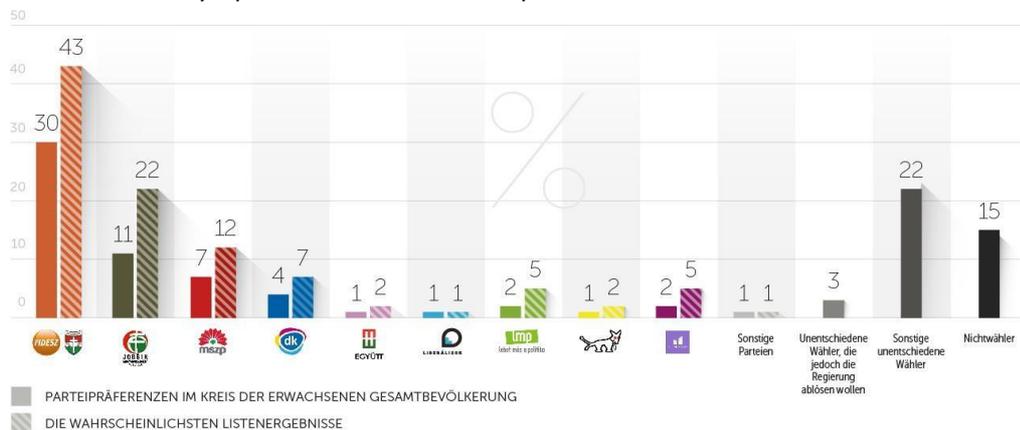
In der italienischen Hauptstadt wurden obendrein – ähnlich wie in anderen westlichen Städten – Betonhindernisse an den Sehenswürdigkeiten aufgebaut, um Attentate wie in Barcelona zu verhindern. Solche Maßnahmen vermitteln den europäischen Bürgern zugleich, sie müssten sich an den islamistischen Terror gewöhnen und ihren Alltag dementsprechend gestalten. Diese unakzeptablen Gedankenspiele bestärkte auch der scheidende Botschafter der Niederlande, der in einem Zeitungsinterview sagte, „Terroranschläge mit Autos könnten an jedem beliebigen Ort geschehen“.

Gajus Scheltema war zudem bestrebt, ähnlich wie andere westeuropäische Politiker Ungarn für seine Einwanderungspolitik zu diskreditieren, weshalb er die ungarische Regierung schlicht und einfach mit den islamistischen Terroristen verglich. Solche politischen Attacken sind unzulässig; dementsprechend gab der ungarische Außenminister den Niederlanden eine durchschlagende diplomatische Antwort, indem der ungarische Botschafter nach Hause gerufen wurde.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

Die Sympathiewerte für die Parteien blieben im Sommer unverändert

Im Wettstreit der Parteien gab es im Sommer keine Veränderungen, Fidesz-KDNP konnten ihren überlegenen Vorsprung auch im August halten, während die Unterstützung für die Oppositionsparteien stagnierte, geht aus einer Meinungsumfrage des Nézőpont-Instituts für die Tageszeitung „Magyar Idők“ hervor. Der politische Saisonauftakt im Herbst könnte gefährlich für die Jobbik werden, nachdem Aussagen ihres Vorsitzenden Gábor Vona zu den Rentnern neben diesen auch die Sympathisanten der Partei spalten.



Ausgehend von der Erforschung der Parteipräferenzen mittels persönlicher Befragung von 2.000 Personen durch das Nézópont-Institut kam es im Sommer zu keinen Veränderungen bei den Sympathiewerten der Parteien. Im August standen – im dritten Monat in Folge – 30 Prozent der erwachsenen Gesamtbevölkerung hinter den Regierungsparteien. Das Lager der JobbikSympathisanten macht 11 Prozent aus, das MSZP-Lager erreicht 7 Prozent an der erwachsenen Gesamtbevölkerung, während die DK bei 4 Prozent, die LMP und die Momentum-Bewegung jeweils bei 2 Prozent stehen. Auf Együtt, die Liberalen unter Gábor Fodor und die Witzpartei des Zweischwänzigen Hundes entfallen jeweils 1 Prozent der Stimmen, wohingegen die Párbeszéd auch im August wieder nicht gemessen werden konnte.

Wenn man das wahrscheinlichste Listenwahlergebnis betrachtet (also die potenziellen Parteipräferenzen jener Wähler, die sicher zur Wahl gehen wollen), stehen Fidesz-KDNP bei 43 Prozent. Die Jobbik würde demnach 22 Prozent der auf die Listen abgegebenen Stimmen holen, die MSZP 12 Prozent. In dieser Statistik käme die DK auf 7 Prozent, LMP und Momentum-Bewegung erreichen jeweils 5, die Witzpartei und Együtt jeweils 2, die Liberalen 1 Prozent.

Der politische Saisonauftakt im Herbst könnte sich im Übrigen als gefährlich für die Jobbik erweisen, nachdem Äußerungen des Parteivorsitzenden Gábor Vona über die Rentner neben diesen auch die Sympathisanten der eigenen Partei spalten. Ausgehend von einer telefonischen Meinungsumfrage, die das Nézópont-Institut parallel zur Erhebung der Parteipräferenzen unter 1.000 Personen vornahm, glauben sechs von zehn Befragten im Kreis der erwachsenen Gesamtbevölkerung (60 Prozent), im Kreis der Rentner sogar sieben von zehn Befragten (72 Prozent), ja selbst noch knapp vier von zehn Jobbik-Sympathisanten (38 Prozent), dass die besagte Erklärung von Gábor Vona die Rentner beleidigt.

Methodik

Die persönliche Meinungsforschung des Nézópont-Instituts (Erforschung der Parteipräferenzen) erfolgte im Zeitraum 1.-18. August 2017 mit der Befragung von 2.000 Personen. Die Umfrage erwies sich in Bezug auf die Bevölkerung über 18 Jahren nach Geschlecht, Alter, Region, Siedlungstyp und Schulabschluss als repräsentativ. Im Falle einer repräsentativen Auswahl von 2.000 Personen ergibt sich bei einer Zuverlässigkeit von 95% eine Fehlertoleranz von 2,2 Prozent. Die telefonische Meinungsforschung des Nézópont-Instituts (in Verbindung mit Aussagen von Gábor Vona zu den Rentnern) erfolgte im Zeitraum 22.-24. August 2017 mit der Befragung von 1.000 Personen. Die Umfrage erwies sich in Bezug auf die Bevölkerung über 18 Jahren nach Geschlecht, Alter, Region, Siedlungstyp und Schulabschluss als repräsentativ. Im Falle einer Stichprobe von 1.000 Personen ergibt sich eine maximale Fehlertoleranz von 3,2 Prozent.

PROGNOSE

- Am 28. August besucht Wladimir Putin Budapest. Der Besuch des russischen Präsidenten wird nur wenige Stunden dauern; zunächst verhandelt er mit Ministerpräsident Viktor Orbán, anschließend nimmt er an der feierlichen Eröffnung der Judo-WM teil, zu der ihn der Präsident des Internationalen Judoverbandes noch im Juni einlud.
- Am 1. September besucht Außenminister Péter Szijjártó die Hauptstadt Estlands, Tallin.
- Am 2. September findet das traditionelle „Bürger-Picknick“ von Kötöcse statt. Beim 16. Picknick von Kötöcse hält Viktor Orbán im Anschluss an die Rundtischpodien des Vormittags seine Rede im Zeichen der Parlamentswahlen im kommenden Jahr, woraufhin ihm die geladenen Gäste wie üblich Fragen stellen können.
- Am 2. September hält die DK am Westbahnhof eine „politische Großversammlung“ ab.
- Am 4. September eröffnet die Bewegung „Gemeinsames Land“ eine sogenannte „Agora“ in der Alkotmány utca (Straße der Verfassung) beim Parlament, wo man öffentliche politische Debatten führen möchte. Ziel der Aktion soll es sein, bis zum 23. Oktober im Parlament einen Gesetzentwurf zur Modifizierung des Wahlsystems einzubringen.